



Inhaltsverzeichnis

02.01.2026	AZ online (Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide): Atommüll-Endlagersuche dauert noch Jahrzehnte	3
30.12.2025	Süddeutsche Zeitung Dachau, Fürstenfeldbruck: Zündstoff aus Garching	5
03.01.2026	Kreiszeitung Stuhr, Weyhe, Syke: Langer Atem ist gefragt	7
22.12.2025	wn.de (Westfälische Nachrichten): BI hofft auf Atempause bis zum ersten Transport	8
30.12.2025	Mitteldeutsche Zeitung - Elbe-Kurier Jessen: Gute Chancen kein Endlager zu bekommen	9
02.01.2026	Elbe-Jeetzel-Zeitung: „Werden das blöde Thema nicht los“	10
01.01.2026	taz.de: Atommüllzwischenlager in Gorleben: Bürgerinitiative will keine Beteiligungssimulation	11

Atommüll-Endlagersuche dauert noch Jahrzehnte

Atommüll-Endlagersuche dauert noch Jahrzehnte Seit Jahrzehnten sucht Deutschland ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Noch 2026 soll die Zahl der möglichen Standorte weiter eingengt werden, 2027 sollen Vorschläge zur Erkundung vorliegen.

Vor knapp drei Jahren, am 15. April 2023, wurden die drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. In 60 Jahren Atomkraft-Nutzung sind 27.000 Kubikmeter hochradioaktive Abfälle angefallen. Dafür wird ein Endlager gesucht. Im Jahr 2026 sollen weitere Entscheidungen zur Vorausswahl getroffen werden. Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Suche:

Welche Anforderungen gibt es an das Endlager?

Das Endlager soll mindestens 300 Meter unter der Erdoberfläche gebaut werden und den Atommüll für eine Million Jahre sicher einschließen. Das soll durch ein System aus verschiedenen Barrieren gewährleistet werden, das möglichst robust gegen innere und äußere Einflüsse ist. Als sogenannte Wirtsgesteine, die das künftige Endlager umschließen, kommen Salzstöcke, Ton und Granit infrage.

Wer ist an der Suche beteiligt?

Mit der eigentlichen Suche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz im niedersächsischen Peine beauftragt. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beaufsichtigt den Suchprozess und organisiert die Beteiligung der Öffentlichkeit. Ein Nationales Begleitgremium aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Bürgervertretern soll die Suche vermittelnd begleiten - unabhängig, transparent und bürgernah.

Wie ist der Stand der Suche?

Die BGE hat in mehreren Arbeitsschritten einen Großteil Deutschlands bereits

als vermutlich ungeeignet verworfen. Inzwischen gelten noch rund 25 Prozent des Bundesgebietes als potenziell tauglich - diese Flächen liegen vor allem in Norddeutschland, Mecklenburg-Vorpommern, Westfalen und Sachsen-Anhalt. In den kommenden Monaten werden weitere Zwischenstände veröffentlicht. Ende 2027 will die BGE konkrete Standortregionen zur weiteren Erkundung vorschlagen. „So können alle Menschen sehen, dass es mit der Endlagersuche vorangeht und wie es in ihrer Region derzeit aussieht“, sagt BGE-Geschäftsführerin Iris Graffunder.

Wann soll ein Standort gefunden sein?

Laut Gesetz bis 2031. Es ist aber klar, dass diese Vorgabe nicht eingehalten werden kann. Inzwischen bewegen sich die Schätzungen zwischen 2045 und 2065. Danach wird es noch weitere Jahrzehnte dauern, bis das Endlager gebaut ist und befüllt werden kann.

Kann die Suche beschleunigt werden?

Ja. „Eine deutliche Beschleunigung der Endlagersuche ist möglich und nötig“, sagt Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD). Sein Ministerium hat dazu verschiedene Vorschläge gemacht. Zum Beispiel könnten die bislang getrennt geplante oberirdische und unterirdische Erkundung eines Standorts in einem Arbeitsschritt zusammengefasst werden. Zudem wird diskutiert, ob für die unterirdische Untersuchung der aufwendige Bau eines Erkundungsbergwerks nötig ist.

Wo werden die Castoren aufbewahrt, bis ein Endlager gefunden ist?

In insgesamt 16 Zwischenlagern. Es gibt drei zentrale Lager in Gorleben (Niedersachsen), Ahaus (Nordrhein-Westfalen) und Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern). Die übrigen befinden sich an den Standorten der abgeschalteten Atomkraftwerke. Die Zwischenlager

wurden für einen Zeitraum von 40 Jahren genehmigt. Weil so bald kein Endlager zur Verfügung steht, müssen neue Genehmigungen für die Zwischenlager beantragt werden.

Was passiert mit den schwach und mittel radioaktiven Abfällen?

Außer dem hoch radioaktiven Müll fallen in Deutschland mehrere Hunderttausend Tonnen schwach und mittel radioaktive Abfälle an. Sie entstanden oder entstehen beim Abriss der Atomkraftwerke, es handelt sich aber auch um kontaminiertes Werkzeug und kontaminierte Arbeitskleidung, zum kleineren Teil auch um Rückstände aus Medizin und Forschung.

Diese Abfälle werden zurzeit dezentral in Zwischenlagern und Landessammelstellen aufbewahrt. Sie sollen in das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter gebracht werden, das von der BGE zum nationalen Endlager für schwach und mittel radioaktiven Atommüll umgebaut wird. Die Inbetriebnahme war ursprünglich für 2013 geplant.

Mittlerweile geht BGE-Chefin Graffunder von Anfang der 2030er Jahre aus. Möglicherweise muss das Vorhaben auch ganz aufgegeben werden, denn beim Niedersächsischen Obergericht in Lüneburg sind Klagen von Umweltverbänden gegen den Planfeststellungsbeschluss von 2002 anhängig.

Kommen alle schwach und mittel radioaktiven Abfälle in den Schacht Konrad?

Nein. Schacht Konrad ist für bis zu 303.000 Kubikmeter Atommüll genehmigt. Das Volumen der Abfälle wird sich aber auf rund das Doppelte belaufen, wie die Bundesregierung einräumt. Unter anderem wäre für die 126.000 Atom-

müllfässer, die aus dem maroden Bergwerk Asse II geborgen werden sollen, sowie für die Rückstände aus der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau kein Platz im Schacht Konrad.

Content-Partnerschaft

Dieser Artikel entstand in einer Content-Partnerschaft mit dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Wo sollen diese Abfälle gelagert werden?

Das ist unklar. Entweder müssen sie mit in das noch zu findende Endlager für

den hoch radioaktiven Atommüll. Oder es muss noch ein weiteres Endlager gebaut werden.

Wie ist der Stand beim Endlager Morsleben?

Morsleben in Sachsen-Anhalt war das Endlager der DDR, mit der Wiedervereinigung ging es in den Besitz des Bundes über. In dem Salzstock lagern rund 37.000 Kubikmeter schwach- und mittel radioaktiver Atommüll. Wie der Schacht Asse II gilt auch Morsleben als einsturzgefährdet. Die BGE hat beim Land Sachsen-Anhalt die Stilllegung

des Endlagers beantragt. Eine Entscheidung steht noch aus.

Und was passiert in Gorleben?

Gorleben in Niedersachsen wurde über Jahrzehnte als einziger Endlager-Standort für hochradioaktive Abfälle erkundet. 2020 schied der unterirdische Salzstock wegen geologischer Mängel aus dem Suchverfahren aus. Zurzeit werden die Schächte und Stollen mit dem früher aus der Erde geholten Salz zugeschüttet. (von Reimar Paul)

Wörter: 713
Rubrik: Welt
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
7.820.069

Weblink: <https://www.az-online.de/welt/atommuell-endlagersuche-dauert-noch-jahrzehnte-zr-94106412.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

3 aus 25 Was das Münchner Umland in diesem Jahr bewegt hat

Zündstoff aus Garching

Der Forschungsreaktor der TU München steht reparaturbedingt weiter still, 2026 soll er aber wieder hochgefahren werden. Unterdessen formiert sich Protest gegen den Transport von Atommüll nach Ahaus.

Sie hoffen nun also auf das neue Jahr. Wieder einmal, könnte man sagen. 2026 sollen die Kernphysikerinnen und Wissenschaftler der verschiedenen, teils internationalen Forschungsgruppen endlich wieder Versuche mit Neutronen am Forschungsreaktor in Garching machen können. Eigentlich hatten die Betreiber schon angekündigt, dass der FRM II, die Forschungsneutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz, wenn schon nicht im Sommer 2024, so doch zumindest 2025 nach Jahren des Stillstands wieder in Betrieb gehen sollte. Doch die Reparaturen verzögerten sich abermals. Der Zentralkanal, das Herzstück der Anlage, muss ersetzt werden; die Spezialanfertigung gestaltet sich komplexer als gedacht. Jedes Material, jedes Fertigungsverfahren muss eigens zertifiziert werden.

„Derzeit warten wir auf die Prüfergebnisse für die letzte Schweißnaht am Prototyp des Zentralkanals“, erklärt FRM-II-Pressesprecherin Andrea Voit. Erst wenn auch dieses letzte Schweißverfahren abgenommen ist, kann das eigentliche Werkstück, auf das alle warten, gefertigt werden.

Der Bau werde allerdings auch wieder einige Monate dauern, stellt Voit sogleich klar, da etwa ein Dutzend verschiedene Firmen daran beteiligt seien und die Arbeiten nacheinander stattfinden müssten. Wissenschaftler, Studierende und Gastforschende hofften „inständig“ darauf, dass der Einbau dann so rasch vonstattengeht, dass sie 2026 wieder mit Neutronen in Garching forschen können. Bis dahin können zum Beispiel Bestrahlungen in den abgebrannten Brennelementen zur Analy-

se von Gestein zur Endlagerung vorgenommen werden.

Dass der Garchinger Forschungsreaktor inzwischen seit fünf Jahren stillsteht, betrachten Claudia Köhler und Markus Büchler mit gemischten Gefühlen. Die beiden Landtagsabgeordneten der Grünen zählen zu den kritischsten politischen Beobachtern des FRM II. Ohne Neutronenfluss rechtfertige der Forschungsreaktor seine Kosten in zweistelliger Millionenhöhe jährlich nicht, moniert Köhler. Allein die Beschaffung des neuen Zentralkanals hat bislang etwa zwei Millionen Euro gekostet, vermutlich wird noch einmal eine halbe Million Euro hinzukommen, das ergab eine Anfrage der Grünen an das bayerische Wissenschaftsministerium.

Andererseits verursacht ein still stehender Forschungsreaktor keinen Atommüll. Die abgebrannten Brennelemente, die sich seit der Inbetriebnahme des FRM II im Jahr 2004 angesammelt haben, lagern bisher in Garching in einem Abklingbecken. Das Becken wird langsam, aber sicher voll. Von den maximal 50 Plätzen sind bereits 47 belegt. Soll der Forschungsreaktor also 2026 tatsächlich wieder anlaufen, muss der Atommüll weggeschafft werden.

Der Weg dafür ist politisch seit Langem vorgezeichnet: Die Garchinger Brennelemente werden, so ist es vertraglich geregelt, in Ahaus im Münsterland zwischengelagert, bis es irgendwann ein Endlager für Atommüll in Deutschland geben wird. Die bisher noch fehlenden, nötigen Genehmigungen für einen Transport von insgesamt zehn Brennelementen, jeweils fünf in einem Spezialbehälter, hat das zuständige Bun-

desamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) im August 2025 erteilt; sie sind knapp zwei Jahre gültig.

Rein rechtlich könnte es also losgehen. Die Aussicht auf Castor-Transporte von Garching über 700 Kilometer ins Münsterland ruft allerdings vielerorts Widerstand hervor. Kommunalpolitiker aus der Region protestieren gegen Nukleartransporte durch die dicht besiedelten Gebiete im Großraum München, zumal der Atommüll aus dem Forschungsreaktor hoch angereichertes Uran enthält. Das kritisieren die Grünen und Umweltschutzorganisationen seit jeher. Solcher Brennstoff gilt vielen als besonders gefährlich, da das Uran auch nach dem Abbrennen möglicherweise für die Fertigung von Atomwaffen missbraucht werden könnte. Politisch war daher ursprünglich vereinbart worden, den

Forschungsreaktor zeitnah auf einen Betrieb mit niedrig angereichertem Brennstoff umzurüsten. Der vorgegebene Zeitpunkt wurde jedoch immer wieder verschoben.

Auch die Menschen in Ahaus blicken den vorgesehenen Lieferungen nicht gerade freudig entgegen. Neben den zwei Castoren aus Garching hat das BASE außerdem noch den Transport von 152 Behältern aus dem ehemaligen Versuchsreaktor in Jülich in das Zwischenlager genehmigt. Die Stadt Ahaus hat ein Widerspruchsverfahren gegen die Transporte aus Garching beim BASE eingeleitet, dieses Verfahren läuft noch. Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ organisiert mit weiteren Initiativen Demonstrationen und Sonntagsspaziergänge gegen die Transporte. Das Zwischenlager Ahaus zählt mit

jenem in Gorleben zu den ältesten der 16 Zwischenlager in der Bundesrepublik. Der Betrieb ist lediglich bis 2036 genehmigt.

Eine bessere Alternative wäre es angesichts all dessen, den Garching-Reaktor weiterhin stillstehen zu lassen, bis ein niedrig angereicherter Brennstoff

vorliegt, meint Grünen-Politiker Bähler. Inzwischen hat die TU München als Betreiberin des FRM II die Forschung an einem solchen Brennstoff zumindest offiziell begonnen und meldet nun erste Erfolge: Die Bestrahlungstests des neuen Brennstoffs unter realen Bedingungen, wie sie am FRM II auftreten, seien erfolgreich abgeschlossen worden.

Noch bis Ende 2025 werde man einen offiziellen Genehmigungsantrag für die Umrüstung einreichen. Doch auch hier ist der Zeitrahmen sehr weit: Mit der Genehmigung planen die Verantwortlichen am FRM II erst Ende 2030. So lange freilich dürfte der Forschungsreaktor nicht stillstehen.

Wörter:	769	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Von Irmengard Gnau	Nummer:	299
Seite:	30 bis 30	Ausgabe:	Nebenausgabe
Rubrik:	FÜRSTENFELDBRUCK · DACHAU	Auflage ¹ :	7.230 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		8.448 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		9.520 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,02253 (in Mio)

¹ IVW 3/2025

² AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Langer Atem ist gefragt

Deutschlands Endlager-Suche für hochradioaktiven Atommüll dauert an

Peine – Vor knapp drei Jahren, im April 2023, wurden die drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. In 60 Jahren Atomkraftnutzung sind 27000 Kubikmeter hochradioaktive Abfälle angefallen. Dafür wird ein Endlager gesucht.

Welche Anforderungen gibt es an das Endlager?

Das Endlager soll mindestens 300 Meter unter der Erdoberfläche gebaut werden und den Atommüll für eine Million Jahre sicher einschließen. Als sogenannte Wirtsgesteine, die das künftige Endlager umschließen, kommen Salzstöcke, Ton und Granit infrage.

Wer betreibt die Suche?

Mit der eigentlichen Suche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz im niedersächsischen Peine beauftragt. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beaufsichtigt den Suchprozess. Ein nationales Begleitgremium mit Personen des öffentlichen Lebens und Bürgervertretern soll die Suche vermittelnd begleiten.

Wie ist der Stand?

Die BGE hat einen Großteil Deutschlands als vermutlich ungeeignet verworfen. Inzwischen gelten noch rund 25 Prozent des Bundesgebietes als potenziell tauglich – vor allem in Norddeutschland, Mecklenburg-Vorpommern, Westfalen und Sachsen-Anhalt.

Wann soll ein Standort gefunden sein?

Laut Gesetz bis 2031. Diese Vorgabe kann nicht eingehalten werden. Inzwischen bewegen sich die Schätzungen zwischen 2045 und 2065.

Kann die Suche beschleunigt werden?

Ja. „Eine deutliche Beschleunigung der Endlagersuche ist möglich und nötig“, sagt Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD). So könnten die bislang getrennt geplante oberirdische und unterirdische Erkundung eines Standorts zusammengefasst werden. Zudem wird diskutiert, ob für die Untersuchung der Bau eines Erkundungsbergwerks nötig ist.

Wo werden die Castoren aufbewahrt, bis ein Endlager gefunden ist?

In 16 Zwischenlagern. Es gibt drei zentrale Lager in Gorleben (Niedersachsen), Ahaus (Nordrhein-Westfa-

len) und Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern). Die übrigen befinden sich an den Standorten der abgeschalteten Atomkraftwerke. Die Zwischenlager wurden für 40 Jahre genehmigt.

Was passiert mit mittelradioaktiven Abfällen?

Mehrere hunderttausend Tonnen schwach- und mittelradioaktive Abfälle entstanden beim Abriss der Atomkraftwerke; kontaminiertes Werkzeug und kontaminierte Arbeitskleidung. Sie sollen in das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter gebracht werden, das zwar zum nationalen Endlager für diesen Atommüll umgebaut wird, gegen den Planfeststellungsbeschluss von 2002 sind aber zurzeit noch Klagen anhängig.

Und was passiert in Gorleben?

Gorleben wurde über Jahrzehnte als einziger Endlager-Standort für hochradioaktive Abfälle erkundet. 2020 schied der unterirdische Salzstock wegen geologischer Mängel aus dem Suchverfahren aus. Zurzeit werden die Schächte und Stollen mit dem früher aus der Erde geholten Salz zugeschüttet.

REIMAR PAUL

Wörter: 379
Seite: 6
Ressort: Blick-Norden
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe:
Auflage¹:

Hauptausgabe
6.882 (gedruckt)
10.233 (verkauft)
10.314 (verbreitet)

Atommüll aus Jülich

BI hofft auf Atempause bis zum ersten Transport

Ahaus

Das Gericht in Berlin entscheidet wohl nicht mehr 2025. Die BI Ahaus geht davon aus, dass es bis zum ersten Castortransport noch dauert. Und hat leise Hoffnung.

Der Atommüll aus Jülich bleibt vorerst im Rheinland: Die Transporte von 152 Atommüllbehältern von Jülich nach Ahaus starten voraussichtlich erst 2026. Das berichtet am Montag (22. Dezember) die Deutsche Presseagentur.

Eine Entscheidung über den Transport nach Ahaus falle laut Gericht erst Ende 2025 oder Anfang 2026. „Das verschafft uns zumindest eine Atempause“, sagt Burkhard Helling, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, im Gespräch mit unserer Redaktion. Ihm gehe es darum, noch einen möglichst großen und entsprechend lauten Protest zu organisieren bis der erste Transport rollt. „Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln“, fügt er hinzu.

Dabei will er sich keine zu großen Hoffnungen machen: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“, sagt er mit Blick auf die geplanten Transporte. „Wir machen Widerstand“, erklärt er. Und möglich sei ja auch, dass der Aufschub an

verschiedenen Stellen noch zum Nachdenken anrege. „Bei der Landesregierung oder den Verantwortlichen der Polizei zum Beispiel“, sagt er mit leiser Hoffnung in der Stimme.

Nach Angaben des Verwaltungsgerichts Berlin soll eine Entscheidung über einen Antrag der Umweltschutzorganisation BUND erst Ende Dezember oder Anfang Januar 2026 getroffen werden. Der BUND hat einen Eilantrag gegen den sofortigen Vollzug der Transportgenehmigung gestellt. Weil das zuständige Amt in Berlin sitzt, ist das dortige Verwaltungsgericht zuständig.

JEN rechnete mit erstem Transport

Ursprünglich war die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) davon ausgegangen, dass die Transporte noch 2025 starten. Sie ist Auftraggeberin der Castor-Transporte.

Ende August hatte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) die umstrittenen Trans-

porte ins 170 Kilometer entfernte Zwischenlager Ahaus genehmigt.

Hinter den Kulissen laufen längst die Koordinierungsgespräche zwischen allen Beteiligten, um den sicheren Transport durch NRW zu gewährleisten. Einsatzführende Behörde ist das Polizeipräsidium Münster.

Antrag im Bundestag abgelehnt

In der Woche zuvor waren die geplanten Castortransporte aus Jülich noch einmal Thema im Bundestag: Ein Antrag der Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ war am Donnerstag (18. Dezember) gegen eine breite Mehrheit gescheitert. Die Partei hatte beantragt, die Transporte komplett abzusa-gen. Stattdessen sollten die 152 Castor-behälter in Jülich bleiben, bis ein Endlager bereitsteht. Im Bundestag stimmte nur die Linke dafür. CDU/CSU, AfD und SPD stimmten gegen den Antrag, Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich.

Wörter:	409	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Redaktion Westfälische Nachrichten	Visits (VpD) ¹ :	166.499
Ressort:	PLUS	Unique Users (UUpD) ² :	34.000
Rubrik:	Alstätte		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.wn.de/muensterland/kreis-borken/alstaette/atommull-aus-julich-bi-hofft-auf-atempause-bis-zum-ersten-transport-3457957>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Gute Chancen kein Endlager zu bekommen

Von Julius Jasper Topp

Wittenberg/MZ. Großteile des Landkreises Wittenberg sind von der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) als wenig geeignet für einen Standort zur Lagerung von radioaktiven Abfällen eingestuft worden. Das geht aus dem öffentlich einsehbaren Bearbeitungsstand der BGE hervor, über den unter anderem Stadt- und Ortsteilräte regelmäßig informiert werden.

Die Organisation sucht im Auftrag der Bundesregierung nach einem Endlager

und soll bis Ende 2027 erste Vorschläge unterbreiten. Ursprünglich sollte ein Endlager bis 2031 gefunden werden, Studien gehen aber eher von einer Entscheidung in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts aus.

Im Landkreis Wittenberg ist bislang unter anderem das Gebiet rund um die Städte Gräfenhainichen und Kemberg untersucht worden, noch ausstehend ist beispielsweise Zahna. Einige Städte werden gar nicht erst untersucht – Wit-

tenberg und Coswig fallen etwa direkt raus.

Das Gebiet im südlichen Landkreis sei durch überregionale Störungszonen tektonisch überprägt, heißt es auf der Internetseite des BGE. „Die Bereiche zwischen den Störungen sind durch komplexe strukturgeologische Verhältnisse sowie starke Deformation gekennzeichnet und werden daher als Gebiet mit ungünstiger tektonischer Gesamtsituation ausgewiesen“, schreibt das BGE zur Begründung.

Wörter:	175	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	13 bis 13	Auflage ¹ :	2.304 (gedruckt)
Ressort:	Lokal		2.399 (verkauft)
Rubrik:	Jessen		2.610 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,00794 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

„Werden das blöde Thema nicht los“

Bei ihrem Neujahrsempfang in Gorleben beschäftigte sich die BI Umweltschutz unter anderem mit der Sicherheit des Zwischenlagers

Gorleben. „Wir haben politisch noch ganz schön was zu tun“, schwor Wolfgang Ehmke, Pressesprecher der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, beim traditionellen Neujahrsempfang der BI an den atomaren Anlagen in Gorleben die rund 70 Anwesenden auf das „neue Widerstandsjahr“ ein. Wie schon in den Vorjahren spielt das Gorlebener Zwischenlager eine wichtige Rolle bei den Überlegungen der Bürgerinitiative. Bekanntlich plant die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), den Genehmigungsantrag für die verlängerte Zwischenlagerung der dortigen 113 Castorbehältern zu stellen. Die BI sei nicht prinzipiell gegen ein Zwischenlager, betonte Dr. Peter Widmayer aus dem Vorstand: „Wir sind für ein sicheres Zwischenlager“, sagte er. Mit Blick auf mögliche Flugzeugabstürze oder Droh-

nenangriffe gehe es den Atomkraftgegnern darum, dass die BGZ die Sicherheit des Zwischenlagers in Gorleben und an den anderen deutschen Standorten so nachrüste, „dass wir uns die nächsten Jahrzehnte sicher fühlen können.“ Auf dem Weg dorthin erwarte man, beteiligt zu werden.

Ein weiterer Zwischenlager-Standort befindet sich in Ahaus. Dort sei die Situation „dramatisch und tragisch“, berichtete die stellvertretende BI-Vorsitzende Elisabeth Hafner-Reckers. Denn obwohl den Menschen vor Ort ursprünglich versprochen worden sei, dass die Castoren bis 2036 wegkämen, müssten diese nicht nur wie Wendland wegen der verlängerten Endlagersuche noch viele Jahrzehnte länger dort bleiben. Es sollten nun sogar 152 weitere hoch radioaktive Castorbehälter aus Jü-

lich nach Ahaus gebracht werden. „Das untergräbt doch jedes Vertrauen“, sagte Hafner-Recker und warb um Unterstützung für die Menschen in Ahaus.

„Wenn es ernst wird, müssen wir uns auf den Weg machen“, stimmte Wolfgang Ehmke zu und fügte hinzu: „Ihr seht, wir werden das blöde Thema nicht los.“ Auch sonst sei es wichtig, über den Tellerrand zu schauen, denn „die Atomkraft ist noch lange nicht beerdigt“, sagte Wolfgang Ehmke. Das könne man unter anderem an den sogenannten Small Modular Reactors (SMR) – kleine, modulare Atomkraftwerke – sehen, mit denen sich in diesem Jahr unter anderem die EU befassen wolle. In den USA werde sogar überlegt, ausgediente Reaktoren von Atom-U-Booten zu nutzen.

Wörter: 356
Autor/-in: VON PETRA WITTE
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2026
Nummer: 20260102
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage¹: 8.865 (gedruckt)
9.720 (verkauft)
9.994 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01418 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



taz.de

Atommüllzwischenlager in Gorleben: Bürgerinitiative will keine Beteiligungssimulation

1. Januar 2026 13:12 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Behörden und Betreiberin haben, so hat es zumindest den Anschein, aus dem gescheiterten **Endlager**-Projekt in Gorleben gelernt. Statt wie in der Vergangenheit einen **Atommüll**-Standort von oben durchzudrücken, wollen sie nun die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Als erster Testlauf soll die Verlängerung der Betriebserlaubnis für das Zwischenlager von hochradioaktiven Abfällen in Gorleben dienen. Umweltschützer aber kritisieren das jetzt gestartete Verfahren als „Beteiligungssimulation“.

Eigentlich sieht das Standortauswahlgesetz vor, dass bis 2031 feststeht, wo das **Atommüllendlager** entstehen wird. Tatsächlich aber wird sich die Suche noch Jahrzehnte hinziehen. Und bis das **Endlager** dann gebaut ist und befüllt werden kann, dauert es wohl bis ins nächste Jahrtausend.

Das hat Konsequenzen für die Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle. Sie müssen viel länger als geplant in den insgesamt 16 oberirdischen Hallen verwahrt werden – diese stehen an den Standorten der abgeschalteten **Atomkraftwerke** sowie in Gorleben (Niedersachsen), Ahaus (Nordrhein-Westfalen) und Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern).

Diese Zwischenlager wurden allerdings nur für bis zu 40 Jahre genehmigt. Als erstes wird die Betriebserlaubnis für das Zwischenlager Gorleben auslaufen – und zwar im Jahr 2034. Dort strahlen, verteilt auf insgesamt 420 Stellplätze, 113 Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen vor sich hin. Insgesamt befinden sich in den deutschen Zwischenlagern etwa 1.750 Castoren.

Der Betreiber der Anlage, die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (**BGZ**), hat jetzt das Genehmigungsverfahren für eine verlängerte Zwischenlagerung in Gorleben eingeläutet und will auch die Öffentlichkeit beteiligen. Bürger:innen, die ihren Wohnsitz im Landkreis Lüchow-Dannenberg haben, können sich bis zum 18. Januar 2026 für die Teilnahme in einer sogenannten Dialoggruppe bewerben. Sie erhielten eine fachliche Einordnung und könnten dann den weiteren Prozess mitgestalten, teilte die **BGZ** mit.

Geplant sei, dass sich die Gruppe im kommenden Jahr viermal trifft. Sie soll aus 25 Personen bestehen, darunter Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie von Vereinen und Gruppierungen in der Region. Weitere acht Personen sollen dazu gelost werden.

In der Dialoggruppe kämen „idealerweise unterschiedliche Perspektiven zusammen“, so die **BGZ**. Ein erstes

Treffen ist für den 19. Februar angekündigt. Außerdem plant die BZG öffentliche Veranstaltungen für alle Interessierten aus der Region, bei denen ebenfalls Informationen zur verlängerten Zwischenlagerung im Fokus stehen sollen.

Diese Einladung zum Dialog hat die örtliche Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg auf den Plan gerufen. „Gegen einen regionalen Dialog zu den Problemen der Zwischenlagerung für die nächsten 100 Jahre spricht natürlich nichts“, sagt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Allerdings sei das Timing fragwürdig und das Wort „Beteiligung“ irreführend.

Die Bürgerbeteiligung werde nicht viel bringen wird, fasst Ehmke die Kritik der BI zusammen: Die Gesellschaft für Zwischenlagerung wolle bis Mitte 2026 die Betriebsverlängerung beantragen, die Treffen der Dialoggruppe seien jedoch bis Ende des Jahres angesetzt. Die Dialoggruppe bleibe bei dem Antragsverfahren also praktisch außen vor. Tatsächlich gebe es keinerlei Mitwirkungs- und Mitspracherechte für die Öffentlichkeit.

„Ein neues Zwischenlagerkonzept muss mit tatsächlichen Mitentscheidungsbefugnissen der Zivilgesellschaft erarbeitet werden“, fordert Ehmke stattdessen. Der springende Punkt sei die finanzielle Ausstattung für Gutachten und für juristischen Beistand einer solchen Begleitgruppe.

Die BI will sich deshalb nicht für einen Platz in der Dialoggruppe bewerben. „Sollte unsere fachlichen Anregungen und Fragen von Interesse für die Dialoggruppe oder die geplanten Veranstaltungen sein, werden wir uns einer Einladung dennoch nicht verschließen“, sagt Ehmke.

In dem neuen Genehmigungsverfahren in Gorleben dürfte es vor allem um Sicherheitsaspekte gehen. Das Zwischenlager wurde nach einem älteren Konzept gebaut, von möglichen Drohnenangriffen und -abstürzen etwa war damals noch nicht die Rede. Die Außenwände der Lagerhalle sind daher auch nur etwa 50 Zentimeter dick, die Betondecke der Halle hat eine Dicke von lediglich 20 Zentimetern. Neuere Zwischenlager wie das in Lubmin weisen dagegen Wand- und Deckenstärken von deutlich über einem Meter auf.

Im vergangenen Jahr wurde aber mit dem Bau einer zehn Meter hohen zusätzlichen Schutzmauer um das Zwischenlager begonnen. Ab März 2026 soll über den Gorlebener Atomanlagen ein von Atomkraftgegnern seit langem gefordertes Überflugverbot gelten.